

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.434.697

Wien, am 12. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Juni 2022 unter der Nr. **11270/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Absturz im Pressefreiheits-Index“ an mich gerichtet.

Eingangs darf einschränkend angemerkt werden, dass selbst die Organisation, die das angesprochene „Ranking“ erstellt, darlegt, dass man die diesjährigen Ergebnisse nicht mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleichen kann, weil die Erstellungsmethodik deutlich geändert wurde.

Darüber hinaus wird von den Autorinnen und Autoren des „Rankings“ nicht veröffentlicht, wer im Rahmen dieser Erhebungen über die Situation der Pressefreiheit, des politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Kontextes sowie zum rechtlichen Rahmen und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten in einem Land befragt wurde.

Es darf zudem angemerkt werden, dass Österreich laut diesem Ranking hinter Länder fällt, in denen Journalistinnen und Journalisten ermordet wurden oder deren Alphabetisierungsquoten teils dramatisch geringer sind, was die objektive Vergleichbarkeit der einzelnen Länder im Rahmen eines gemeinsamen Rankings schwierig erscheinen lässt.

Dessen ungeachtet, ist die Medien- und Pressefreiheit ein hohes Gut unserer Demokratie, welche wir mit allen Mitteln schützen und ausbauen müssen. Denn wie gefährlich es sein kann, wenn es keine Pressefreiheit mehr gibt, sehen wir gerade in Russland, wo freie Berichterstattung, wie in vielen anderen Ländern dieser Welt, leider kaum mehr möglich ist. Dies muss auch für uns ein klarer Auftrag sein, genau hinzusehen und die Situation von Medien und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten dort zu verbessern, wo wir das tun können.

Die Fragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

1. *Welche Maßnahmen sind geplant, um einen weiteren Absturz Österreichs im Pressefreiheits-Index zu verhindern?*
2. *Gibt es laufende Gespräche zum Thema Absturz Österreichs im Pressefreiheits-Index?
 - a. Wenn ja, mit wem und wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
3. *Gibt es eine schriftliche Stellungnahme bzw. eine Ausarbeitung im Ministerium zum Thema Absturz Österreichs im Pressefreiheits-Index?
 - a. Wenn ja, bitte um Beilage.
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
4. *Haben Sie zu diesem Thema Studien oder sonstige externe Aufträge vergeben?
 - a. Wenn ja, an wen, mit welchen Zielen und welchem Budget?
 - b. Wenn nein, weshalb nicht?*
5. *Wie beurteilen Sie den Absturz Österreichs im Pressefreiheits-Index?*

Die Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024“ zu einer Medienpolitik verpflichtet, die Grundwerte wie Pluralismus, Unabhängigkeit, Medien- und Pressefreiheit sowie Innovation sicherstellt und fördert.

Daher sind mir als zuständige Bundesministerin für Medien, eine unabhängige Medienlandschaft und der Schutz von Journalistinnen und Journalisten in ihrer täglichen Arbeit, ebenso wie dem Herrn Bundesminister für Inneres und der Frau Bundesministerin für Justiz, ausgesprochen wichtige Anliegen.

Die Ergebnisse des angesprochenen „Rankings“ wurden selbstverständlich um- und eingehend geprüft und die daraus resultierenden Ableitungen fließen – so wie alle aktuellen medienpolitischen Ereignisse und mögliche politische Ableitungen daraus – selbstverständlich in unsere tägliche Arbeit ein. Studien oder externe Aufträge in diesem Zusammenhang wurden nicht vergeben.

Darüber hinaus darf ich auf die zu Beginn des heurigen Jahres gestarteten Medienkonferenzen verweisen. Mit der intensiven Diskussion über die Zukunft der Medienförderung und -transparenz gemeinsam mit der heimischen Medienbranche aber auch wichtigen Stakeholderinnen und Stakeholdern aus der Wissenschaft und Forschung, Expertinnen und Experten aus der Werbepraxis und Mediaplanung, Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner, der Länder und Gemeinden, wurde der diesbezügliche Reformprozess, um den Medienstandort sowie die Medienförderung und -transparenz zu reformieren und fit für die Zukunft zu machen, erfolgreich angestoßen.

Genauso intensiv arbeiten wir innerhalb der Bundesregierung auch mit dem Koalitionspartner an der Reform der Wiener Zeitung oder der Digitalnovelle für den ORF und sämtlichen hierfür notwendigen Begleitmaßnahmen.

Zur Übersicht der bereits umgesetzten Maßnahmen im Medienbereich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 9303/J vom 14. März 2022 verwiesen werden.

MMag. Dr. Susanne Raab

